

Freies Wort Ressort Hildburghausen Lokal

Erschienen am 01.10.2009

Stadtrat

B-Plan für Kastanienallee

Mehrheitsbeschluss zum zweiten Bauabschnitt der Hildburghäuser Waldstadt
Von Waltraud Nagel

Hildburghausen - Das B-Plan-Verfahren für die Waldstadt wird fortgeführt und damit die Möglichkeit eröffnet, die Schulstandorte und das Wohngebiet über die Kastanienallee zu erschließen.

Das beschloss der Stadtrat in seiner Sitzung am Mittwoch - nach ausgiebiger Diskussion und mit namentlicher Abstimmung. Die war von Stadträtin Waltraud Lange (Freie Wähler) beantragt worden. 14 Stadträte stimmten für die Fortführung der Planung, Die vierköpfige Fraktion der Freien Wähler sowie Eberhard Wiener (Feuerwehr) und Brigitte Wütscher (CDU) dagegen. Sechs Stadträte enthielten sich der Stimme.

Namentliche Abstimmung

Wann und wie der Plan am Ende umgesetzt wird, ist jedoch noch völlig offen. Das hängt davon ab, welche Einwände und Hinweise im Laufe des Planungsverfahrens eingearbeitet werden und welche Mittel für die Realisierung da sind.

Bürgermeister Steffen Harzer hatte einleitend darauf verwiesen, dass schon rund 30 000 Euro in das B-Plan-Verfahren für den 2. Bauabschnitt der Waldstadt investiert worden waren, ehe der Stadtrat vor zwei Jahren mit denkbar knapper Mehrheit seine Einstellung beschloss. Es sei aber unbedingt nötig, das Verfahren wieder aufzunehmen, um den Bereich verkehrstechnisch zu erschließen.

Harzer führte noch einmal die Argumente an wie im *Freies Wort*-Interview vom Dienstag dieser Woche. Er machte aber auch deutlich, dass der Stadtrat zu gegenwärtigen Zeitpunkt nicht über den Inhalt des B-Planes zu entscheiden hat, sondern nur darüber, dass das Verfahren wieder aufgenommen wird. "Über Inhalte entscheiden wir frühestens 2010", so Harzer. "

Aber das Verfahren fortzuführen kostet Geld und das müssen wir im Haushalt für das kommende Jahr einstellen. Deswegen brauchen wir jetzt den Beschluss."

Und gerade den wollten vor allem die Freien Wähler verhindern.

Frank-Michael Czaplá hatte bei einem Vor-Ort-Termin seiner Fraktion Fotos gemacht, um die Situation zu verdeutlichen. Es gebe klare Anweisungen des Schulverwaltungsamtes, die Tore des Schulgeländes geschlossen zu halten. Dann sei das Gelände sicher. Das bestätige auch die Polizei. Sie sehe lediglich bei den Parkplätzen in der Kastanienallee entlang der Sporthalle Gefahren und schlage vor zu prüfen, ob hier nicht eine Einbahnstraßenregelung mit Ausfahrt über das BSI-Gelände möglich sei. "Nach unserer Auffassung ist der Ausbau der Kastanienallee nicht nötig", so Czaplá. "Wir sehen dabei nur ein Planungsziel: Den Festplatz hier zu schaffen!"

"Planungsziel: Festplatz"

Zudem befürchte er, dass die Kastanienallee von Häselrieth her als kürzester Weg in die Stadt genutzt werde - auch wenn sie nicht als Durchgangsstraße gedacht sei.

Er regte an, möglicherweise die Kastanienallee auch nur bis zur Lindgren-Schule bzw. dem geplanten Schulsportkomplex zu führen.

Sein Fraktionskollege Norbert Weichler nannte noch einen anderen Aspekt: "Wenn wir die Straße bauen, kostet das die Stadt einen Haufen Geld. Ich denke, das wäre in der Innenstadt besser angelegt."

Eberhard Wiener von der Feuerwehr-Fraktion verwies auf die Bedenken der Bürgerinitiative "Für beruhigtes Wohnen am Römersbach". Und auch er führte die Position der Polizei an, die in den drei Unfällen auf dem Schulgelände seit Schuljahresbeginn Fehlverhalten von Kraftfahrern sieht und veranlasste das Verbotsschild für Fahrzeuge aller Art am hinteren Eingang des Schulgeländes anzubringen.

"Ein unhaltbarer Zustand"

Stefan Tief von der Bürgerunion meldete sich als Betroffener zu Wort. Er sei Miteigentümer einer Wohnanlage am

Römersbach. "Von daher wäre ich bei einem Straßenausbau auch von Kosten betroffen. Trotzdem sage ich: Der Zustand dort ist unhaltbar. Die Straße ist seit zehn Jahren überfällig!", sagte er. Er wisse nicht, wie sich der Landrat das denke, wenn da hinten noch die Schulsportanlage komme.

"Das hat doch nichts mehr mit gesundem Menschenverstand zu tun!"

Stadträtin Sabine Löffert (Linkspartei) ist Elternsprecherin der Grundschule I. "Es gibt auf dem Schulgelände nicht mal einen Gehweg. Wie sollen sich die Kinder da sicher bewegen können?" Zwischen 7.15 und 7.30 Uhr sei das Schulgelände ein richtiger Brennpunkt, weil die Eltern da alle ihre Kinder bringen. Hier müsse etwas geschehen. Das werde von den anderen Eltern und der Schulleiterin, Juliane Damm, genauso gesehen.

Für Frank Bumann von der SPD waren die von Czapla gezeigten Fotos nur ein weiterer Beweis dafür, dass hier dringend etwas geschehen müsse. "Die Bilder zeigen eindeutig, in welchem Zustand sich die Kastanienallee befindet." Bumann

verwies wiederum auf das Entwässerungsproblem, das im Kehrweg bei jedem Starkregen bestehe. Das alles könne mit dem B-Plan für den zweiten Bauabschnitt geregelt werden.

Mathias Günther (Linkspartei) stellte aus einem Schreiben der Polizei zur Thematik noch einmal die Äußerungen zum Parkplatz neben der Turnhalle heraus. Durch die Vielzahl von Wendemanövern zu Schulbeginn werde hier eine unübersichtliche Situation geschaffen, die "durch den Fahrverkehr, besonders aber durch die Kinder schwer zu meistern" sei. Als Politiker dürfe man nicht wegsehen, wenn solch eine Gefährdung gegeben sei. Eine Umleitung über das BSI-Gelände sei keine Alternative zur Erschließung der Waldstadt. Das sei ein privater Weg.

Den Freien Wählern warf er vor, mit ihrer Haltung nicht das Gemeinwohl zu vertreten.

Mit B-Plan Mitsprache sichern

Die BI werde von Leuten getragen, die alle auf der Liste der Freien Wähler kandidiert hätten. Nur deren Interessen verträten die Freien Wähler, teilte der Fraktionschef der Linkspartei in Richtung Freie Wähler aus. Harzer hob abschließend noch einmal hervor, dass gerade mit dem B-Plan allen Betroffenen die Möglichkeit der Mitsprache eingeräumt werde.